

Solidaritätserklärung

des Arbeitskreises Gebührenboykott der Uni Köln an die Boykott-Aktiven und Boykotteure der Universität Bielefeld

*„Das ist kein Sympathiethema“, weiß die Nord-CDU. Deshalb fordert sie in ihrem Wahlprogramm keine Studiengebühren.
Die schleswig-holsteinische CDU plant für ihr neues Wahlprogramm offenbar weitreichende Korrekturen ihrer bisherigen Bildungs- und Hochschulpolitik. Danach will die Union ihre Forderung auf Einführung von Studiengebühren fallen lassen, bestätigten Mitglieder der Programmkommission dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z).“
Insel-Bote, 21.07.09, „CDU schwenkt um: Keine Studiengebühr“.*

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen an der Universität Bielefeld!

die Proteste und das Engagement für Gebührenfreiheit haben es ermöglicht, den Trend der Einführung des Bezahlstudiums zu stoppen. Nur noch 6 von 16 Bundesländern erheben allgemeine Studiengebühren. In Hessen kann die CDU aufgrund der außerparlamentarischen Opposition die Gebühren nicht wieder einführen. Und in Schleswig-Holstein zeigt das Einlenken der CDU, dass die Konservativen auch in den abgelegensten Winkeln der Republik keine überzeugenden Argumente für die Gebühren mehr haben, von denen sie sich auch ein Wahlerfolg versprechen könnten.

Diese Entwicklung geht auf die Aktivitäten der Studierendenbewegung zurück, die mit Boykott, Demonstrationen, Klagen und im letzten Semester mit dem Bildungstreik gegen die soziale und gesellschaftliche Schädlichkeit der Studiengebühren protestiert und aufgeklärt hat. Diese Aktivitäten sollten wir in Nordrhein-Westfalen auch so intensivieren, dass spätestens bei der Landtagswahl 2010 die Studiengebühren mit der CDU/FDP Regierung zur Fall gebracht werden.

Bildung muss zur vollen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit mit der Perspektive einer nützlichen Rolle in und für eine soziale, demokratische und friedliche Gesellschaft beitragen. Das ist so auch im UN-Sozialpakt festgehalten, in dem es heißt:

Artikel 13, Absatz 1: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, dass die Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss. Sie stimmen ferner überein, dass die Bildung es jedermann ermöglichen muss, eine nützliche Rolle in einer freien Gesellschaft zu spielen, dass sie Verständnis, Toleranz und Freundschaft unter allen Völkern und allen rassischen, ethnischen und religiösen Gruppen fördern sowie die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Erhaltung des Friedens unterstützen muss.“

Um diesen verbindlichen fortschrittlichen Bildungsinhalt zu ermöglichen, wurde die allmähliche Abschaffung aller Studiengebühren von den Staaten der Vereinten Nationen 1966 einstimmig beschlossen - von Staaten wie Eritrea, Marokko, Sierra Leone... und der Bundesrepublik Deutschland. CDU und FDP führten dagegen im Verbund mit den Unternehmensverbänden die Gebühren wieder ein, damit unter dem sozialen und kulturellen Druck des Bezahlstudiums die Bildung und die Studierenden selbst auf privatwirtschaftliche Standortinteressen ausgerichtet werden.

Der Kampf für Gebührenfreiheit ist daher auch ein Teil der Opposition dafür, dass diese Politik beendet wird – und statt dessen Bildung, Gesundheits- und Daseinsvorsorge wieder verstärkt für alle zugänglich und auf eine humane Entwicklung zum Nutzen aller ausgerichtet werden.

Deswegen werden wir in Köln im nächsten Semester den 6. Boykott der Studiengebühren machen. Wir gehen davon aus, dass triftige Argumente und Solidarität überzeugender sind als die „Sachzwänge“ der Landesregierung.

Wir rechnen weiterhin mit euch!

Solidarische Grüße

Euer Arbeitskreis Gebührenboykott an der Uni Köln